

Schottlands Unabhängigkeitsreferendum als “Triumph der Demokratie“

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 15. bis 19. September 2014

(mf) Drei Themen dominierten diese Woche die amerikanische Presse: Schottlands Unabhängigkeitsreferendum, Obamas Vorgehen im Kampf gegen die IS-Terrormiliz und Meinungen zur dringend notwendigen Hilfe, die zur Eindämmung des Ebolavirus in Westafrika erforderlich ist.

Die Mehrheit der schottischen Wähler lehnte die Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich bei einem Referendum ab. Die *New York Times* nennt diesen Beschluss eine „richtige Entscheidung“ und begründet ihr Urteil darauf, dass eine Abspaltung Schottlands „ein Sprung ins Ungewisse“ gewesen wäre. Des Weiteren äußert sich die *New York Times* anerkennend zum gewaltfreien Verlauf des Referendums: „Es ist ausgesprochen erfreulich, dass eine solch leidenschaftliche Debatte auf friedliche und demokratische Weise verlaufen ist.“ Die *Washington Post* vermutet, dass das Wahlergebnis eine „völlig neue politische Dynamik auslöst“ und bezeichnet den Tag des Referendums als „bedeutsamen Tag für Schottland und das Vereinigte Königreich als Ganzes.“ Die Vereinigung zwischen Schottland und England erfolgte 1707 ohne eine Volksabstimmung. Der *Boston Herald* akzentuierte, dass eine Nein-Stimme im Unabhängigkeitsreferendum zugleich eine Ja-Stimme war: „Eine Nein-Stimme bedeutet, dass die Schotten nach 307 Jahren des Zusammenschlusses sich endlich offiziell für eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches aussprechen.“ Die Wahlbeteiligung des Referendums lag bei nahezu 85 Prozent. Die *Washington Post* titulierte diese Partizipation als „Triumph der Demokratie und politischen Teilnahme.“

Präsident Obama bemüht sich aktuell um die Bildung von Allianzen im Kampf gegen die IS-Terrormiliz. Die *Washington Post* erklärt, dass die „Strategien zur Niederwerfung des Islamischen Staates untermotorisiert“ sind und betont die Notwendigkeit von Verbündeten: „Es erscheint uns durchaus eingängig, dass Obama die Aktivierung der irakischen und syrischen Streitkräfte anstrebt und regionale Allianzbildungen auf die Tagesordnung setzt.“ Die *Los Angeles Times* kritisiert die bedeutende Ausweitung der Maßnahmen im Kampf gegen die Terroristen, indem sie die Verpflichtungen und Herausforderungen unterstreicht, vor die die amerikanische Regierung gestellt wird. Einerseits geht sie mit Obamas Auffassung konform, dass die Terrormiliz eine große Gefahr für die Interessen der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten darstellt und beklagt die „Grausamkeiten“, die sich durch die Enthauptung zweier amerikanischer Journalisten und eines britischen Entwicklungshelfers zugetragen haben. Andererseits rechtfertigt das nicht alle Maßnahmen, die Obama zu ergreifen gedenkt – besonders keine Luftangriffe auf Syrien. Der *Boston Herald* konzentrierte sich auf die dieswöchige Konferenz in Paris, bei denen die USA, Frankreich, Deutschland und andere

Verbündete ihr weiteres Vorgehen gegen die Gefahren der Terrormiliz diskutierten und bemängelte, dass der Iran und Syrien von diesen Besprechungen ausgeschlossen wurden.

Ferner ist die Ausbreitung der gefährlichen Ebolaviren eine augenmerkliche Komponente der amerikanischen Presse. Obama versprach diese Woche den Start einer offensiveren Kampagne gegen den weiteren Ausbruch von Ebola. Gemäß der *New York Times* sind die bereits aufgebrauchten Spenden im Kampf gegen Ebola zwar ein guter Anfang, jedoch offenkundig nicht genug. Sie kritisiert nicht nur die USA für ihre verzögerte Unterstützung, sondern auch wohlhabende Industrieländer wie Russland und China und ist der Meinung, dass viele Nationen in größerem Umfang helfen können, als sie es bisher tun. Sie appelliert an alle Spender, ihr Zutun zu beschleunigen, damit die Epidemie nicht noch weiter außer Kontrolle gerät. Die *Washington Post* bezeichnet den Anstieg der Hilfeleistungen als „willkommene Veränderung“ und reflektiert dabei die vergangenen Monate: „Eine Reaktion seitens der USA war in den ersten Monaten der Epidemie zwar vorhanden, aber in Betracht der Ausmaße, die diese Katastrophe annimmt, bei weitem nicht hinreichend.“ Die *Washington Post* bezieht eine klare Stellung und fordert, dass mit der Prävention, Behandlung und Überwachung infektiöser Krankheiten deutlich ernsthafter umgegangen wird als in der Vergangenheit.

Quellen:

www.bostonherald.com

www.latimes.com

www.nyt.com

www.washingtonpost.com